Ausgabe No. 5 / Januar 1993

Information des Forums Flugplatz Dübendorf

Fakten zur F/A-18 -Beschaffung Absichten der GSoA

Liebe Vereinsmitglieder
Liebe Interessenten
Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee will nicht nur die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge verhindern, sie will nach wie vor die Armee ganz abschaffen. Die Annahme der Initiative verunmöglicht nicht nur den vom Parlament beschlossenen Kauf von 34 neuen Flugzeugen. Mit dem Moratorium würde bis zum Ende des Jahrhunderts generell verhindert, dass die Schweiz ihre Flugwaffe erneuern kann. Aber ohne Unterstützung durch moderne Kampfflugzeuge kann unsere Armee ihre Aufgabe nicht erfolgreich erfüllen. Die meisten Länder Europas werten ihre Flugwaffen qualitativ auf. Bei dem von den Eidg. Räten beschlossenen Kauf neuer Kampfflugzeuge handelt es sich um eine ganz normale Ersatzbeschaffung. 130 veraltete Flugzeuge werden durch 34 leistungsfähigere ersetzt. Die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge belastet die Bundeskasse nicht zusätzlich. Der Kauf oder Nichtkauf hat keinen Einfluss auf Steuern, Sozialwerke wie AHV, Entwicklungshilfe usw. Die neuen Kampfflugzeuge haben eine Einsatzdauer von ungefähr 30 Jahren. Bezogen auf ein Nutzungsjahr, beträgt der Beschaffungsaufwand somit lediglich 120 Millionen Franken. Das Bundesbudget wird mit weniger als 0,5 Prozent belastet. Die Partizipierung unserer Industrie im Umfang von weit über 2 Milliarden führt zur Sicherung der Auslastung Tausender von Arbeitsplätzen über rund zehn Jahre hinweg! Das Forum Flugplatz Dübendorf steigt zusammen mit anderen Organisation in den Abstimmungskampf. Das kostet Geld.
Wir danken für Ihre Unterstützung.

Peter Bosshard, Präsident

5 gute Gründe gegen die Flugwaffen-Abschaffungs-Initiative

Die Initiative lautet:
Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:

"Der Bund beschafft bis zum Jahre 2000 keine neuen Kampfflugzeuge. Als neu gelten Kampfflugzeuge, deren Beschaffung die Bundesversammlung zwischen dem 1. Juni 1992 und dem 31. Dezember 1999 beschliesst."

Bundesrat und Parlament beantragen dem Volk ohne Gegenvorschlag die Verwerfung dieser Initiative.

Kurzzusammenfassung

Bei Annahme der Initiative durch Volk und Stände könnten bis zum 31. Dezember 1999 keine neuen Kampfflugzeuge beschafft werden. Ein Ja zu dieser Initiative hätte zur Folge, dass wir die nächsten 10 bis 15 Jahre gegenüber Bedrohungen aus der Luft praktisch wehrlos wären. Die Chancen unserer Erdtruppen, in einem modernen Konflikt bestehen zu können, würden dadurch praktisch aussichtslos.

Die bei einer Annahme der Initiative zur Disposition stehenden 3,5 Milliarden Franken würden im Rahmen des ordentlichen EMD-Budgets für andere Beschaffungsvorhaben verwendet und kämen nicht, wie von gewissen Kreisen suggeriert wird, Rentnern und Hilfsbedürftigen, oder dem Gesundheits- oder Bildungswesen zugute.

Die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeugs bewirkt keine zusätzliche Belastung der Bundeskasse und hat auch keine Steuererhöhung zur Folge. Genauso wenig führt eine Nichtbeschaffung zu einer Steuersenkung.

1. Die Flugwaffen-Abschaffungs-Initiative ist Teil der GSoA-Strategie zur Wehrlosmachung der Schweiz, zur Abschaffung unserer Armee.

"Die gewaltfreie Konfliktbewältigung setzt eine armeefreie Gesellschaft voraus" lautet die Devise der "Gruppe für eine Schweiz ohne Armee", die federführend bei der Lancierung dieser Initiative gewirkt hat.

Angesichts der Realitäten in Jugoslawien und in anderen von Gewalt und Kriegen geplagten Ländern grenzt diese Aussage an Zynismus. Eine zivile Konfliktlösung verlangt die Bereitschaft aller Beteiligten, auf Gewalt zu verzichten; gerade dies jedoch trifft in vielen Fällen nicht zu. Die Armeeabschaffer ignorieren diese Realitäten und wollen mit ihrer Initiative die Schweiz gegen militärische Bedrohungen wehrlos machen. Sie setzen damit die Sicherheit des Landes und seiner Bevölkerung aufs Spiel.

2. Die erpresserische Flugwaffen-Abschaffungs-Initiative der "Gruppe Schweiz ohne Armee" betrifft Wesentliches und geht uns alle an.

Es geht nicht um die Beschaffung eines bestimmten Flugzeugtyps - es geht um Prinzipielles: Die "Gruppe für eine Schweiz ohne Armee" will mit ihrer Initiative geltendes, vom Volk bestätigtes Recht und von Bundesrat und Parlament getroffene Entscheide rückwirkend aufheben.
Solche Initiativen stellen die Rechtssicherheit und Funktionsfähigkeit unserer Demokratie in gefährlicher Art und Weise in Frage. Es ist für die rechts-

staatliche Demokratie untragbar, wenn das vom Volk gewählte Parlament durch Initiativen mit Rückwirkungsklauseln eingeschüchtert und unter Druck gesetzt wird. Gemäss der geltenden, vom Volk 1987 deutlich bestätigten Kompetenzordnung fallen Beschaffungsgeschäfte für unsere Armee in die Kompetenz von Bundesrat und Parlament.

3.
Die Lage in und um Europa erfordert weiterhin eine glaubwürdige Milizarmee.

Wer hat 1988 den Fall der Berliner Mauer vorausgesehen, den Zerfall der Sowjetunion und des Warschauer Paktes vorausgesagt oder den Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien auch nur erahnt? Im Europa des Jahres 1993 sind Kriege und Krisen leider wieder Realität. Wenige Hundert Kilometer von der Schweizer Grenze findet heute ein brutaler Völkermord statt. Etwas weiter entfernt wüten Glaubens- und Bürgerkriege. Eine Wehrlosmachung der Schweiz wäre gerade in der heutigen Zeit erhöhter Instabilität verantwortungslos. Unsere glaubwürdige Verteidigungsarmee ist ein Beitrag zur Stabilität von Europa. Alle europäischen Staaten - ob NATO-Mitglieder oder Neutrale (Schweden, Finnland) - investieren beträchtlich mehr Mittel in ihre Luftverteidigung als die Schweiz.

4.
Den 3,5 Milliarden Franken Beschaffungskosten stehen über 2 Milliarden Kompensationsgeschäfte gegenüber.

Bei der Beschaffung der Kampfflugzeuge ist die Schweizer Industrie direkt beteiligt. Darüber hinaus fliessen aufgrund einer vertraglichen Verpflichtung der Herstellerfirmen über zwei Milliarden Franken in Form sogenannter Kompensationsgeschäfte wieder in die Schweiz zurück. Dadurch werden tausende von Arbeitsplätzen in der Schweiz für die Dauer von rund 10 Jahren unmittelbar gesichert. Nicht quantifizierbar, aber von grösster Bedeutung ist, neben dem damit verbundenen Marktzugang zu aussereuropäischen Märkten der Transfer von Knowhow im Bereich der Spitzentechnologie. Dieser ist, wie frühere Kompensationsgeschäfte (F-5 Tiger) zeigen, für die Zukunft unserer Wirtschaft vital.

Die Bezahlung der Flugzeuge ist auf mehrere Jahre verteilt vorgesehen. Die Beschaffung hat weder eine Streichung von AHV-Geldern zur Folge, noch bewirkt sie eine Steuererhöhung, wie das gewisse Kreise immer wieder behaupten. Der Budgetposten der Flugzeugbeschaffung ist Teil des ordentlichen EMD-Budgets. Kommt das Flugzeug nicht, werden Bundesrat und Parlament das Geld für andere militärische Beschaffungsvorhaben verwenden.

5.
Ein wirksamer Luftschirm ist unabdingbarer Bestandteil einer leistungsfähigen Verteidigungsarmee.

In Krisensituationen und an der Schwelle zu gewaltsamen Konflikten ist es eminent wichtig, dass unsere Armee noch vor der Mobilisierung der Bodentruppen rasch und wirksam reagieren kann. Ein Instrument dazu ist die Flugwaffe. Sie überwacht den Luftraum und signalisiert so die Abwehrbereitschaft unseres Landes. Sie ist deshalb auch ein zentrales Instrument der Kriegsverhinderung.

In einer zweiten Phase schützt die Flugwaffe die Mobilmachung und den Aufmarsch der Armee. Später ermöglicht sie den Erdtruppen die nötige Beweglichkeit zur Führung eines flexiblen Abwehrkampfes. Der Golfkrieg hat 1990/91 gezeigt, was eine Armee ohne Luftschirm noch ausrichten kann: nämlich nichts!
Die moderne Verteidigung des Luftraumes basiert auf einem Mix von Flugwaffe und Fliegerabwehr. Die heute im Einsatz stehenden Schweizer Flugzeuge sind hoffnungslos veraltet. Eine Modernisierung und Aufstockung tut not, zumal alle 130 Hunter altershalber ausgemustert werden müssen.

In eigener Sache:
Wir setzen uns für eine zeitgemässe Landesverteidigung ein. Helfen Sie uns mit einer Spende, dies zu verwirklichen. Die Herstellung von Informationsmittel kostet Geld. Wir danken Ihnen.
Postcheck-Konto: 80-47799-0

Impressum:
Forum Flugplatz Dübendorf,
Postfach 1026, 8600 Dübendorf
Präsident:
Peter Bosshard, Dübendorf

5
Gründe gegen die Anti-Waffenplatz-Initiative

Die Initiative lautet:

1. Die Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt:

Art. 22, Abs. 3 und 4 BV (neu)
- Militärische Übungs-, Schiess-, Waffen- und Flugplätze dürfen weder neu errichtet noch erweitert werden.
- Militärische Anlagen stehen den zivilen gleich. Bau und Betrieb richten sich nach der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung über den Schutz der Umwelt, die Raumplanung und die Baupolizei.

2. Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:

Art. 20 (neu)

- Artikel 22, Absätze 3 und 4, tritt mit der Annahme durch Volk und Stände in Kraft.
- Soweit der Waffenplatz Herisau-Gossau im Gebiet Neuchlen-Anschwilen nach dem 1. April 1990 ausgebaut wird, ist der frühere Zustand wieder herzustellen."

Bundesrat und Parlament beantragen, die Initiative Volk und Ständen ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu unterbreiten.

Kurzzusammenfassung

Die Initiative "40 Waffenplätze sind genug - Umweltschutz auch beim Militär" führt im Falle ihrer Annahme zu einer **Armeeabschaffung auf Raten.**

- Sie verunmöglicht die militärische Bautätigkeit und behindert eine zeitgemässe Ausbildung unserer Miliz-Soldaten

Damit ist sie **unverantwortlich.**

- Sie führt zum Abbruch der Anlagen in Neuchlen-Anschwilen und trägt nichts zum Umweltschutz bei.

Damit ist sie **unsinnig.**

Sie stellt einen Missbrauch des Volksrechts Initiative dar!
Damit ist sie **staatspolitisch bedenklich.**

1.
Verunmöglichung künftiger militärischer Bautätigkeit

Die Initiative verlangt bezüglich Bau und Betrieb von militärischen Anlagen eine Gleichstellung mit zivilen Bauten. Damit würde die Errichtung militärischer Anlagen dem kantonalen und kommunalen Planungs- und Baupolizeirecht sowie den entsprechenden Bewilligungsverfahren unterstellt. Komplizierte und langwierige Baugesuchs- und Bewilligungsverfahren mit jahrelangen Verzögerungen und Einsprachemöglichkeiten wären die Folge. Der leidtragende wäre der Soldat, der unter untragbaren Verhältnissen (veraltete Unterkünfte, sanitärische Einrichtungen) seinen Militärdienst leisten müsste.

Es ist absehbar, dass damit die militärische Bautätigkeit zunehmend erschwert und schliesslich verunmöglicht würde.

2.
Massive Behinderung einer zeitgemässen Ausbildung

Moral, Ausrüstung und Ausbildung sind die drei Säulen der Wehrkraft. Die Initiative verbietet die Neuerrichtung und Erweiterung von Übungs-, Schiess-, Waffen- und Flugplätzen. Das heisst, sie verhindert den Ersatz und die Anpassung von veralteten und ausgedienten Anlagen.
Für eine zeitgemässe und effiziente Ausbildung dringend nötige Ausbauprojekte und Sanierungsvorhaben können nicht realisiert werden. Auch die Umstellung von Übungsplätzen im Gelände auf mehr Simulationsanlagen - eine erklärte Absicht für die künftige Ausbildung - wäre verunmöglicht. Unsere Miliz-Soldaten könnten langfristig infolge untragbarer Ausbildungsbedingungen nicht mehr genügend ausgebildet werden.

3.
Neuchlen-Anschwilen wieder abbrechen

Mit dem Projekt Neuchlen-Anschwilen will der Bund den aufgehobenen Teil des bestehenden Waffenplatzes Herisau-Gossau ersetzen. Erste Arbeiten dazu sind ausgeführt. Die Initiative will Neuchlen-Anschwilen mit einer Rückwirkungsklausel verhindern.

Ihre Annahme würde bedeuten, dass der vom Parlament 1989 mit 132:15 Stimmen gutgeheissene und zum Teil bereits begonnene Ausbau in Neuchlen Anschwilen wieder abgebrochen werden müsste.

4.
Umweltschutz gilt auch ohne Initiative für das Militär

Der Bund hat sich in denjenigen Bereichen, in denen er im Interesse nationaler Aufgaben baut, an die von ihm erlassenen Vorschriften in Sachen Natur-, Heimat- und Umwelt-Schutz zu halten. Das gilt auch für das Militär. Für Neuchlen-Anschwilen wurden zwei Umweltverträglichkeitsprüfungen gemacht.

Im Sinne einer Reduktion der Belastung von Umwelt und Bevölkerung beabsichtigt die Armee, auch die WK-Truppen vermehrt auf Waffenplätzen üben zu lassen. Dazu müssen diese mit modernen Anlagen (wie Simulatoren und anderen baulichen Ausbildungshilfen) bestückt werden. Das würde die Initiative verhindern.

Es ist überdies längst eine Binsenwahrheit, dass gerade auf den weitläufigen und wenig intensiv genutzten Waffenplätzen sonst verschwundene Tier- und Pflanzenarten überleben können. Die Devise "Umweltschutz auch beim Militär" soll Stimmung machen und ist verlogen. Die Initiative verunmöglicht der Armee die Rücksichtnahme auf die Natur.

5.
Missbrauch der Volksrechte

In unserer Demokratie sind Verantwortung und Kompetenzen zwischen Volk, Parlament und Regierung aufgeteilt. Die Budgethoheit und damit auch die Bewilligung von Bauten und Ausrüstung für die Armee haben wir dem Parlament übertragen. Das Volk hat 1987 ein Mitspracherecht in diesen Fragen in einer Volksabstimmung (Rüstungsreferendumsabstimmung) deutlich abgelehnt.

Die Armeegegner versuchen neuerdings mit Rückwirkungsklauseln die Kompetenzen des Parlaments auszuhöhlen. Das stellt einen (vgl. auch Flugwaffen-Abschaffungs-Initiative) staatspolitisch untragbaren Missbrauch des Volksrechts der Initiative dar.

Das Volk hat 1989 deutlich JA zu unserer Armee gesagt. Nachdem der direkte Angriff in Form der Abschaffungs-Initiative nicht gelungen ist, suchen die Armeegegner nun andere Wege, die Armee zu schädigen.
Die Flugwaffen-Abschaffungs-Initiative und die Anti-Waffenplatz-Initiative sind <u>Mogelpackungen, denen eine Abfuhr zu erteilen ist.</u>

NEIN
ZUR FLUGWAFFEN-ABSCHAFFUNGS-INITIATIVE
•
NEIN
ZUR ANTI-WAFFENPLATZ-INITIATIVE

Rede von Bundesrat Kaspar Villiger zur Kampfflugzeuginitiative im Nationalrat vom 10.Dezember 1992

1.
Für eine sichere Schweiz

Parlament und Bundesrat tragen die oberste Verantwortung für die Sicherheit unseres Landes.

Der Bundesrat ist für eine sichere Schweiz. Die Armeeabschaffer wollen mit ihrer Initiative das Gegenteil. Sie wollen keine Sicherheit gegen militärische Bedrohungen. **Sie setzen die Sicherheit der Schweiz aufs Spiel.**

Militärische Sicherheit ist gewiss nicht das einzige worauf unsere Bürgerinnen und Bürger Anspruch haben.

Sie ist aber ebenso wichtig wie andere Sicherheiten. Und dies ganz besonders in einer Zeit, wo Europa von Instabilität und Ungewissheit über die Zukunft beherrscht wird.

Der europäische Kontinent ist politisch und wirtschaftlich krisenanfällig geworden. Spannungen und unberechenbare Risikogemische sind unleugbare Tatsachen.

Im heutigen Europa sind Krisen wieder eine Realität. Wenige hundert Kilome-

Nur die Armeeabschaffer meinen zu wissen, wie die Weltlage dannzumal aussehen wird.

Der Bundesrat hält nichts von solcher Wahrsagerei. Wir müssen heute vorsorgen damit in fünf, aber auch in dreissig Jahren unsere Sicherheit gewährleistet ist.
Es wäre fahrlässig, unsere Zukunft ausschliesslich auf Wunschdenken zu bauen.

5.
Die GSoA-Initiative vernichtet Arbeitsplätze

Die Kampfflugzeuginvestition heute ist eine Investition in die Zukunft. Für die Sicherheit aber auch für den Werkplatz Schweiz.

Natürlich muss eine Rüstungsbeschaffung militärisch gerechtfertigt sein. Wenn man aber schon beschafft, muss die Beschaffung volkswirtschaftlich optimal vorbereitet sein. **Positive Impulse für den Arbeitsmarkt sind deshalb willkommene Nebeneffekte der Erneuerung der Flugwaffe. Wir brauchen derzeit dringend solche Impulse.**

Die Armeeabschaffer behaupten, das neue Kampfflugzeug zerstöre Arbeitsplätze.
Das Gegenteil ist wahr:
Die direkte und indirekte Beteiligung der Schweizer Industrie an der Beschaffung der neuen Flugzeuge schafft für den Werkplatz Schweiz ein **Auftragsvolumen von gegen 2,5 Milliarden Franken.**

Das sind rund 20'000 Mann-Jahre Beschäftigung für Schweizer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
Nach bisherigen Erfahrungen wird der positive Effekt aber noch grösser sein: Kleine und mittlere Schweizer Firmen hoher Leistungsfähigkeit werden wirtschaftliche Kontakte anbahnen können, die ihnen auch für die Zukunft Märkte erschliessen werden.

Diese Märkte liegen im Bereich der Luftfahrt sind deshalb sehr zukunftsgerichtet und sie liegen ausserhalb Europas. Gerade im Nachgang zur EWR-Abstimmung haben wir ein eminentes Interesse, auch Märkte ausserhalb der EG langfristig zu erschliessen.
Bereits heute verdanken wir der GSoA-Initiative den Verlust von zahlreichen Arbeitsplätzen. Die US-Industrie erteilt praktisch keine Kompensationsaufträge mehr.

Sie will zuerst wissen, ob die Schweiz überhaupt neue Flugzeuge beschafft. Das Vertrauen in uns als Geschäftspartner ist schon gesunken.
Sollte die Initiative angenommen werden, würde auch der Werkplatz Schweiz einen weiteren signifikanten Vertrauensverlust erleiden.

Nicht der F/A-18 - sondern die Initiative der Armeeabschaffer vernichtet in der heutigen schwierigen Wirtschaftslage schweizerische Arbeitsplätze.

6.
Gegen die Selbstentwaffnungsinitiative

Die Propaganda der Armeeabschaffer operiert immer wieder mit dem irreführenden Titel "Stopp F/A-18". Das ist Etikettenschwindel. **Es ist eine Irreführung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger.**

Die Initiative will jede Erneuerung unserer Flugwaffe bis zum Ende des Jahrtausends verhindern. Das beträfe geleaste Flugzeuge genau so wie Occasionen oder andere Typen. Und dieses Verbot soll in unserer Bundesverfassung festgeschrieben werden.

Das Ziel der Initiative ist die teilweise Selbstentwaffnung unseres Landes. **Es ist keine F/A-18-Initiative, sondern eine Selbstentwaffnungsinitiative!**
Mit der Absage an eine moderne Luftverteidigung soll unsere Armee entscheidend geschwächt und der militärische Teil unserer Sicherheitspolitik ausser Kraft gesetzt werden.

Diese Selbstentwaffnungsinitiative der Armeeabschaffer ist **Teil einer Gesamtstrategie.** Sie ist kein Einzelfall.

Auch der Versuch, die Initiative in ihrem Effekt zu verharmlosen und ihren Inhalt propagandistisch auf einen bestimmten Flugzeugtyp zuzuspitzen, ist Teil dieser Strategie.

Die Armeeabschaffer erklären öffentlich, dass sie eine zweite Initiative zur Abschaffung der Armee in Vorbereitung haben.
Ein Abstimmungserfolg 1993 soll das politische Umfeld schaffen um der nächsten Armeeabschaffungsinitiative ebenso viel Leben einzuhauchen wie die GSoA 1.

Drei weitere Initiativen wollen die schweizerische Landesverteidigung schrittweise zersetzen.
Die Waffenplatzinitiative zielt auf die Effizienz der Ausbildung. Die Initiative für ein totales Waffenausfuhrverbot auf den Weiterbestand der einheimischen Industriebasis im Bereich der Landesverteidigung
Und die Kostenhalbierungsinitiative setzt auf die finanzielle Aushöhlung der Armee.

- **Wer gemeinsame Sache mit den Armeeabschaffern macht,**
- **wer gegen die Erhaltung einer glaubwürdigen Luftverteidigung auftritt,**

der muss sich bewusst sein, mit wem er sich zusammentut. Er muss sich vor Augen halten, welche Endlösung diese politischen Kräfte anstreben.

7.
Folgen einer Annahme der Selbstentwaffnungsinitiative

Die Annahme der Selbstentwaffnungs-initiative hätte sicherheitspolitische militärische und wirtschaftliche Folgen.

Die Welt mit ihren Instabilitäten und Risiken wird uns nicht den Gefallen tun, sich zu ändern weil wir keine wirkungsvolle Luftverteidigung mehr haben.

Potentielle Konfliktparteien werden im Gegenteil geradezu eingeladen, präventive Massnahmen zu treffen um allfällige Bedrohungen von unserem ungenügend geschützten Luftraum her abzuwehren.

Das Schreckbild eines Luftkriegs fremder Mächte über schweizerischem Territorium würde zum denkbaren Szenario. Wollen wir das wirklich?

Die Glaubwürdigkeit unserer bewaffneten Neutralität hängt davon ab, dass wir bereit sind, uns durch angemessene militärische Massnahmen selbst zu schützen.
Bei einer Annahme der Initiative müsste unsere bisherige Politik grundsätzlich überprüft werden.

Nur die Armeeabschaffer meinen zu wissen, wie die Weltlage dannzumal aussehen wird.

Der Bundesrat hält nichts von solcher Wahrsagerei. Wir müssen heute vorsorgen damit in fünf, aber auch in dreissig Jahren unsere Sicherheit gewährleistet ist.
Es wäre fahrlässig, unsere Zukunft ausschliesslich auf Wunschdenken zu bauen.

5.
Die GSoA-Initiative vernichtet Arbeitsplätze

Die Kampfflugzeuginvestition heute ist eine Investition in die Zukunft. Für die Sicherheit aber auch für den Werkplatz Schweiz.

Natürlich muss eine Rüstungsbeschaffung militärisch gerechtfertigt sein. Wenn man aber schon beschafft, muss die Beschaffung volkswirtschaftlich optimal vorbereitet sein. **Positive Impulse für den Arbeitsmarkt sind deshalb willkommene Nebeneffekte der Erneuerung der Flugwaffe. Wir brauchen derzeit dringend solche Impulse.**

Die Armeeabschaffer behaupten, das neue Kampfflugzeug zerstöre Arbeitsplätze.
Das Gegenteil ist wahr:
Die direkte und indirekte Beteiligung der Schweizer Industrie an der Beschaffung der neuen Flugzeuge schafft für den Werkplatz Schweiz ein **Auftragsvolumen von gegen 2,5 Milliarden Franken.**

Das sind rund 20'000 Mann-Jahre Beschäftigung für Schweizer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
Nach bisherigen Erfahrungen wird der positive Effekt aber noch grösser sein: Kleine und mittlere Schweizer Firmen hoher Leistungsfähigkeit werden wirtschaftliche Kontakte anbahnen können, die ihnen auch für die Zukunft Märkte erschliessen werden.

Diese Märkte liegen im Bereich der Luftfahrt sind deshalb sehr zukunftsgerichtet und sie liegen ausserhalb Europas. Gerade im Nachgang zur EWR-Abstimmung haben wir ein eminentes Interesse, auch Märkte ausserhalb der EG langfristig zu erschliessen.
Bereits heute verdanken wir der GSoA-Initiative den Verlust von zahlreichen Arbeitsplätzen. Die US-Industrie erteilt praktisch keine Kompensationsaufträge mehr.

Sie will zuerst wissen, ob die Schweiz überhaupt neue Flugzeuge beschafft. Das Vertrauen in uns als Geschäftspartner ist schon gesunken.
Sollte die Initiative angenommen werden, würde auch der Werkplatz Schweiz einen weiteren signifikanten Vertrauensverlust erleiden.

Nicht der F/A-18 - sondern die Initiative der Armeeabschaffer vernichtet in der heutigen schwierigen Wirtschaftslage schweizerische Arbeitsplätze.

6.
Gegen die Selbstentwaffnungsinitiative

Die Propaganda der Armeeabschaffer operiert immer wieder mit dem irreführenden Titel "Stopp F/A-18". Das ist Etikettenschwindel. **Es ist eine Irreführung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger.**

Die Initiative will jede Erneuerung unserer Flugwaffe bis zum Ende des Jahrtausends verhindern. Das beträfe geleaste Flugzeuge genau so wie Occasionen oder andere Typen. Und dieses Verbot soll in unserer Bundesverfassung festgeschrieben werden.

Das Ziel der Initiative ist die teilweise Selbstentwaffnung unseres Landes. **Es ist keine F/A-18-Initiative, sondern eine Selbstentwaffnungsinitiative!**
Mit der Absage an eine moderne Luftverteidigung soll unsere Armee entscheidend geschwächt und der militärische Teil unserer Sicherheitspolitik ausser Kraft gesetzt werden.

Diese Selbstentwaffnungsinitiative der Armeeabschaffer ist **Teil einer Gesamtstrategie.** Sie ist kein Einzelfall.

Auch der Versuch, die Initiative in ihrem Effekt zu verharmlosen und ihren Inhalt propagandistisch auf einen bestimmten Flugzeugtyp zuzuspitzen, ist Teil dieser Strategie.

Die Armeeabschaffer erklären öffentlich, dass sie eine zweite Initiative zur Abschaffung der Armee in Vorbereitung haben.
Ein Abstimmungserfolg 1993 soll das politische Umfeld schaffen um der nächsten Armeeabschaffungsinitiative ebenso viel Leben einzuhauchen wie die GSoA 1.

Drei weitere Initiativen wollen die schweizerische Landesverteidigung schrittweise zersetzen.
Die Waffenplatzinitiative zielt auf die Effizienz der Ausbildung. Die Initiative für ein totales Waffenausfuhrverbot auf den Weiterbestand der einheimischen Industriebasis im Bereich der Landesverteidigung
Und die Kostenhalbierungsinitiative setzt auf die finanzielle Aushöhlung der Armee.

- **Wer gemeinsame Sache mit den Armeeabschaffern macht,**
- **wer gegen die Erhaltung einer glaubwürdigen Luftverteidigung auftritt,**

der muss sich bewusst sein, mit wem er sich zusammentut. Er muss sich vor Augen halten, welche Endlösung diese politischen Kräfte anstreben.

7.
Folgen einer Annahme der Selbstentwaffnungsinitiative

Die Annahme der Selbstentwaffnungs-initiative hätte sicherheitspolitische militärische und wirtschaftliche Folgen.

Die Welt mit ihren Instabilitäten und Risiken wird uns nicht den Gefallen tun, sich zu ändern weil wir keine wirkungsvolle Luftverteidigung mehr haben.

Potentielle Konfliktparteien werden im Gegenteil geradezu eingeladen, präventive Massnahmen zu treffen um allfällige Bedrohungen von unserem ungenügend geschützten Luftraum her abzuwehren.

Das Schreckbild eines Luftkriegs fremder Mächte über schweizerischem Territorium würde zum denkbaren Szenario. Wollen wir das wirklich?

Die Glaubwürdigkeit unserer bewaffneten Neutralität hängt davon ab, dass wir bereit sind, uns durch angemessene militärische Massnahmen selbst zu schützen.
Bei einer Annahme der Initiative müsste unsere bisherige Politik grundsätzlich überprüft werden.

Die Schweiz müsste abklären, ob sie zu ihrem eigenen Schutz im Bereich der Luftverteidigung mit ihren Nachbarstaaten oder einem Verteidigungsbündnis zusammenarbeiten müsste.

Die Frage stellt sich, ob jemand überhaupt bereit wäre, uns einen modernen Luftschirm zu gewähren, ob dann im Notfall dieser Partner in der Lage wäre uns seine Mittel zur Verfügung zu stellen.
Es stellte sich auch die Frage, der Gegenleistung. Und ob jemand militärisch, mit einem Land kooperieren möchte, in dem alle paar Jahre über die Existenz der Armee an sich diskutiert wird, ist mehr als zweifelhaft.

Wollen wir unsere jahrhundertelang bewährte Politik wirklich nur deshalb aufgeben, weil wir die Erneuerung der Luftwaffe scheuen?

Für den Bundesrat ist die Antwort klar. Im Falle einer Annahme der Initiative an die ich im übrigen nicht glaube, gibt es natürlich militärische Massnahmen die wir treffen müssen.

Die ausgebliebene Erneuerung der Luftwaffe müsste anderswo suboptimal kompensiert werden. Der Armeeauftrag der Kriegsverhinderung muss aus sicherheitspolitischen Gründen der gleiche bleiben und die Armee 95 wird ihn erfüllen müssen.
Aber ich warne vor Illusionen: Das Instrumentarium dafür würde fahrlässig eingeschränkt. **Die Risiken für Bevölkerung und Truppe würden** trotz vergleichbarem finanziellem Einsatz wesentlich **grösser sein.**

Die Mobilität der Bodenarmee wird wesentlich kleiner wenn ein wirkungsvoller Luftschirm fehlt. Damit wird es in der Schweiz Zonen unterschiedlicher Sicherheit geben.
Veraltete Flugzeuge mit teurem Geld zu verbessern ist kein Ersatz für neue. **Eine aufdatierte Hermes-Schreibmaschine wird nie zum Personalcomputer.**

Die Verstärkung der Fliegerabwehr kostet sündhaft Geld, schafft aber keine bewegliche Abwehr, die Schwerpunkte bilden kann. Jede Ersatzlösung würde suboptimal. Für gleich viel oder mehr Geld gäbe es einen geringeren Nutzen.
Aber wir müssten dieses Geld trotzdem investieren - um den Schaden auch nur einigermassen zu begrenzen.
Man kann auch nicht bei einem neuen Gebäude einfach eine tragende Säule wegsparen ohne dass das Gebäude zusammenfällt. Man muss irgend eine Hilfskonstruktion erstellen'

8.
Gegen die GSoA-Bauernfängerei

Darum sind die Armeeabschaffer mit falschen Argumenten auf Unterschriftenfang gegangen.

Es stimmt nicht, dass bei einer Annahme der Initiative 3,5 Milliarden in die Bundeskasse fliessen. Diese Mittel müssen für neue Prioritäten der Armee verwendet werden, damit ein suboptimaler Schutz trotzdem gewährleistet wäre.
Man steuert die Militärausgaben nicht, indem man ein willkürliches Rüstungsobjekt als missliebig erklärt, es aus dem Zusammenhang reisst und zum Abschuss freigibt.

Man steuert die Militärausgaben über die Budgets. Innerhalb des Budgets müssen sie optimal ausgegeben werden.

Das EMD hat massiv gespart: Die Militärausgaben 1993 werden real etwa 17 % unter denjenigen von 1990 liegen; für Investitionen werden sie nur innerhalb eines Jahres um etwa real 20 % gesenkt; deshalb ging der Anteil des EMD am Bundeshaushalt von früher rund 30 % bis heute auf rund 12 % zurück.
Weil unsere Flugzeuge dreissig Jahre im Einsatz stehen werden, kosten sie zu heutigem Geldwert samt Unterhalt - **pro Jahr etwa 170 Millionen. Das ist ein halbes Prozent des Bundeshaushaltes.**

Mit diesem halben Prozent, kann man nicht auf einen Schlag die Probleme der Bauern, der Rentner, der Hochschulen, der Kultur usw. lösen.
Bis spätestens im Jahr 2000 würde dann die Flugzeugfrage wieder aktuell. Nur dass die Flugzeuge dannzumal noch wesentlich teurer sein werden als heute. Und es ist äusserst fraglich, ob wir den Technologiesprung einer zehnjährigen Lücke personell und technologisch überhaupt noch aufholen könnten.

9.
Zur Gültigkeit der Initiative

Es wurde die Frage aufgeworfen, ob die Selbstentwaffnungsinitiative der Armeeabschaffer überhaupt gültig sei. Anlass dafür war die Problematik der Rückwirkung.
Die Juristen sind sich nicht einig, ob die Initiative rückwirkend ist. Die Frage hat ohnehin nur theoretische Bedeutung. Der Bundesrat beabsichtigt, die neuen Kampfflugzeuge erst nach einer Ablehnung der Initiative durch das Volk zu beschaffen.
Zudem hätte die Rückwirkung gemäss bisheriger Praxis der Bundesversammlung keine Ungültigkeit der Initiative zur Folge. Es wäre politisch unklug, die Spielregeln während des Spieles zu ändern. Deshalb habe auch ich immer die Meinung vertreten, die Initiative müsse vor das Volk.

Etwas anderes sind die grossen staatspolitischen Bedenken, die ich gegen Rückwirkungsklauseln hege. Damit würden Kompetenz- und Verfahrensordnung des Bundes in Frage gestellt. **Sie führen zu einer Blockierung des staatlichen Handelns** und beeinträchtigen die Rechtssicherheit. Dieses Problem muss jedoch unabhängig vom Einzelfall gelöst werden'

10.
Schlussbemerkung

Die Erhaltung einer glaubwürdigen Armee, die die militärische Sicherheit unseres Landes garantiert, ist eine Versicherungspolice, die wir glücklicherweise heute nicht einlösen müssen. Keiner weiss aber, ob wir sie in zehn oder zwanzig Jahren brauchen könnten.

Die Initianten, d.h. die Armeeabschaffer verfolgen nach wie vor das Ziel, diese Versicherungspolice zu kündigen. Ihre Initiative ist ein Teil der Armeeabschaffung auf Raten.

Ich gehe davon aus, dass viele Bürgerinnen und Bürger, vielleicht sogar solche, die die Initiative unterschrieben haben, diese Armeeabschaffung auf Raten nicht wollen.
Bundesrat Kaspar Villiger